

FREIHANDELSABKOMMEN SCHWEIZ – CHINA

Botschafter Christian Etter



Von der Machbarkeitsstudie zum Start der Verhandlungen

Die Schweiz als Land, dessen Wirtschaft in hohem Mass von Export und Import abhängt, ist ganz besonders auf einen weltweit möglichst hindernisfreien,

rechtlich abgesicherten Zugang zu den Auslandsmärkten angewiesen. Die ausgeprägte Abhängigkeit der Schweizer Wirtschaft vom internationalen Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie von grenzüberschreitenden Investitionen ergibt sich u. a. aus den im Inland weitgehend fehlenden Rohstoffen sowie aus der beschränkten Grösse des Heimmarktes.

DER BILATERALE HANDEL MIT FREIHANDELSPARTNERN ENTWICKELT SICH ÜBERDURCH- SCHNITTlich DYNAMISCH

Es ist denn auch das vorrangige Ziel der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik, tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen und Diskriminierungen auf Auslandsmärkten so weit wie möglich zu beseitigen. Dabei ist die breit diversifizierte, häufig auf Nischenprodukte spezialisierte Schweizer Wirtschaft auf eine möglichst grosse Zahl von Auslandsmärkten angewiesen. Neben der Europäischen Union, dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz, kommt auch den Märkten ausserhalb Europas hohe Bedeutung zu. Der Warenhandel der Schweiz mit aussereuropäischen Ländern macht 40 Prozent des gesamten schweizerischen Aussenhandels aus, ein Anteil, der in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Diese Tendenz dürfte sich angesichts der anhaltenden weltwirtschaftlichen Gewichtsverlagerung hin zu den «emerging markets» auch in absehbarer Zukunft fortsetzen.

Freihandelsabkommen mit ausgewählten Partnerländern rund um die Welt sind somit – neben der aktiven Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) und den bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union – zu einem wichtigen Instrument der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik geworden. Mit dem Abschluss von Freihandelsabkommen verfolgt die Schweiz das Ziel, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsbeziehungen mit wirtschaftlich bedeutenden Partnern zu verbessern. Ziel der Freihandelspolitik der Schweiz ist es, ihren Wirtschaftsakteuren im Vergleich zu ihren Konkurrenten einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zu den Märkten der Freihandelspartner zu verschaffen.

In Freihandelsabkommen werden Zölle beseitigt oder reduziert, Zulassungsgarantien für Dienstleistungen und Investitionen vereinbart und allgemein die rechtlichen Rahmenbedingungen für den bilateralen Wirtschaftsaustausch verstärkt, z. B. im Bereich des Schutzes geistiger Eigentumsrechte, des Wettbewerbs oder des öffentlichen Beschaffungswesens.

Die Handelsstatistik belegt, dass die von der Schweiz abgeschlossenen Freihandelsabkommen wirksam sind. Der bilaterale Handel der Schweiz mit ihren Freihandelspartnern entwickelt sich überdurchschnittlich dynamisch. Eine Untersuchung des SECO für die Jahre 1988 bis 2008¹ zeigt, dass der Handel mit Freihandelspartnern (Exporte plus Importe) in den vier Jahren nach Inkrafttreten des jeweiligen Freihandelsabkommens durchschnittlich um über 10 Prozent pro Jahr zunimmt, während der gesamte Aussenhandel der Schweiz im Durchschnitt jährlich um 5,7 Prozent zunahm. Dieselbe Untersuchung findet auch einen positiven Einfluss der Freihandelsabkommen auf die Auslandsinvestitionen. Die jährliche Wachstumsrate der schweizerischen Direktinvestitionen, welche in die Länder flossen, mit denen die Schweiz ein Freihandelsabkommen abgeschlossen hat, beträgt in den vier Jahren nach Inkrafttreten des jeweiligen Freihandelsabkommens durchschnittlich

CHINA IST ZUM VIERTWICHTIGSTEN MARKT FÜR SCHWEIZER EXPORTE GEWORDEN

18 Prozent, bei einem Zuwachs der gesamten schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland im Untersuchungszeitraum von durchschnittlich 12,6 Prozent pro Jahr.

China hat in der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten ausserordentlich stark an Bedeutung gewonnen. China ist heute zusammen mit den USA und Japan eine der drei grössten Volkswirtschaften und Handelsnationen der Welt. Das durchschnittliche jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts Chinas belief sich in der Periode von 2001 bis 2008 im Durchschnitt auf 9 Prozent pro Jahr. Obwohl die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise auch an der chinesischen Wirtschaft nicht spurlos vorübergegangen ist, verzeichnete China im Unterschied zu vielen anderen Ländern durchgehend positive Wachstumsraten.

Die Ende der 1970er-Jahre begonnene Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaftsordnung von der Plan- zur sozialistischen Marktwirtschaft ermöglichte

die Entstehung eines Privatsektors. Gleichzeitig strebt die chinesische Regierung zunehmend danach, ausländische Direktinvestitionen von hoher Qualität anzuziehen. Der Fokus liegt dabei auf Investitionen, die mit modernen Technologien, mit einer Forschungs- und Entwicklungskomponente oder allgemein mit höherer Wertschöpfung verbunden sind und anspruchsvolleren Umweltstandards genügen.

Diese Öffnungspolitik findet auch in der Aussenwirtschaftspolitik Chinas ihren Niederschlag. Am 11. Dezember 2001 erfolgte der Beitritt Chinas zur WTO. Danach hat China begonnen, mit ausgewählten Partnern Freihandelsabkommen abzuschliessen, bisher mit der ASEAN-Staatengruppe², mit Singapur, Pakistan, Chile, Neuseeland, Peru und Costa Rica. Mit Island und Norwegen hat China 2006 respektive 2008 Verhandlungen über umfassende Freihandelsabkommen aufgenommen. Weiter steht China mit den Staaten des Golfkooperationsrates (GCC)³ sowie mit Australien in Verhandlungen. Eine Machbarkeitsstudie für ein Freihandelsabkommen zwischen China, Japan und Korea ist in Arbeit, und auch ein Freihandelsabkommen zwischen China und Indien ist in Prüfung.

ZIEL IST ES, DEN VERHANDLUNGS-PROZESS ANFANG 2011 ZU STARTEN

Für die Schweiz ist China zum drittgrössten Lieferanten von Waren und zum viertwichtigsten Markt für schweizerische Exporte geworden (nach der EU, den USA und Japan). Im vergangenen Jahr erreichten die Schweizer Einfuhren aus China 5,2 Milliarden Franken, davon grösstenteils Maschinen, Apparate, Elektronik, gefolgt von Textilien, chemischen und pharmazeutischen Produkten, Möbeln, Spielzeugen und Produkten der Uhrenindustrie. Die Schweizer Exporte nach China beliefen sich im selben Jahr auf 5,5 Milliarden Franken. Die Schweiz exportiert vorwiegend Maschinen, Apparate und Elektronik, dazu chemische und pharmazeutische Produkte, Uhren, Präzisionsinstrumente, Metalle, Textilien und Bekleidung. Auch für den Dienstleistungssektor gewinnt China als Exportmarkt an Bedeutung.

Angesichts der langjährigen guten Beziehungen zwischen China und der Schweiz beauftragten die chinesische und die schweizerische Regierung eine gemeinsame, aus Behördenvertretern beider Seiten zusammengesetzte Arbeitsgruppe mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie für ein bilaterales Freihandelsabkommen Schweiz-China. Der Bericht der Arbeitsgruppe⁴, welcher im August 2010 den zuständigen Ministerien Chinas und der Schweiz vorgelegt wurde, kommt zum Schluss, dass die Volkswirtschaften der Schweiz und Chinas konkurrenzfähig und komplementär sind. Ein umfassendes Freihandelsabkommen würde die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und China in beidseitigem Interesse spürbar verbessern. Entsprechend empfiehlt die gemeinsame Studiengruppe, baldmöglichst Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern aufzunehmen.



Pulsierende Güterströme in Shanghai, Chinas grösster Stadt mit über 20 Mio. Einwohnern.

Mit dem Freihandelsabkommen wird das Ziel verfolgt, tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen. Weiter sollen die Marktzugangsbedingungen für den Handel mit Dienstleistungen verbessert, der Schutz von geistigen Eigentumsrechten verstärkt und zusätzliche Möglichkeiten für die Zusammenarbeit in Bereichen wie Investitionsförderung, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen eröffnet werden. Insgesamt geht es darum, den bilateralen Wirtschaftsaustausch weiter zu erleichtern, die Rechtssicherheit für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und China zu stärken und einen Beitrag zu nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung zu leisten.

Am 13. August 2010 haben Bundespräsidentin Doris Leuthard und der Präsident der Volksrepublik China, HU Jintao, anlässlich eines Treffens in Beijing angekündigt, dass die Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen Schweiz-China demnächst aufgenommen werden sollen. Beide Seiten bereiten gegenwärtig ihre Verhandlungsmandate vor, mit dem Ziel, den Verhandlungsprozess Anfang 2011 zu starten. ◀

Botschafter Christian Etter ist Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge und Mitglied der Geschäftsleitung, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern. Er ist Verhandlungsleiter und Delegationschef der Schweiz in den Verhandlungen mit China.

1 Die Volkswirtschaft, Oktober 2009

2 Association of South-East Asian Nations: Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam

3 Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien, Katar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate
4 <http://www.seco.admin.ch/themen/00513/02655/02731/04118/index.html?>